

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.



Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Abgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Post 2,50 RM., bei Vorbestellung 2 RM. wöchentlich. Abgabe an den Hausierer 3 RM. wöchentlich. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 264c

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 3. — 88. Jahrgang — Teleg.-Adr.: „Amtsblatt“ — Wilsdruff-Dresden — Postfach: Dresden 264c — Freitag, den 4. Januar 1929

Gefahr im Verzuge.

Das Echo des Gilbert-Berichtes.
Hoffentlich ahmt man in Deutschland nun nicht etwa den Optimismus des Herrn Parker Gilbert nach, macht in ebenso rosenrotem Optimismus hinsichtlich der Weiterentwicklung der Revision des Dawes-Planes: daß wir dabei irgendwelches Entgegenkommen, irgendwelche Nachgiebigkeit von der anderen Seite her erfahren werden. Ob in Paris oder Brüssel, ob in London oder Washington — von überall hört man in lauten, ja schrillen Tönen, daß der Bericht Parker Gilberts einfach die Grundlage abzugeben hat für die Feststellung der Leistungsfähigkeit Deutschlands anlässlich der kommenden Sachverständigenkonferenz, daß Deutschland mit Leichtigkeit auch künftighin mindestens zwei Milliarden jährlich zahlen kann, daß nichts dementsprechendes bei diesen Jahreszahlungen an den letzten 25 Milliarden festzuhalten. Ja, daß Deutschland — der Vorschlag einer ziemlich weit linksstehenden englischen Zeitung — sogar noch für die Zahlungsverpflichtungen seiner früheren Bundesgenossen und Mitunterlegenen im Weltkrieg einzutreten solle. Daß eigentlich nach dieser Beurteilung der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit Deutschlands durch Parker Gilbert auch die Beauftragung der Sachverständigenkonferenz mit derselben Arbeit völlig überflüssig geworden sei. Mit Leichtigkeit, so künat es aus der ganzen französisch-belgischen Presse, könne Deutschland die interalliierten Schulden an Amerika mit etwa 16 Milliarden Mark und außerdem die 13 Milliarden für den „Wiederaufbau der zerstörten Gebiete“ übernehmen.

Neben diesem allgemeinen Chor, der übrigens die deutsche Kritik an dem Bericht Parker Gilberts mit einer Handbewegung ablehnt, bleiben die paar Stimmen fast unhörbar, die jenen Bericht nicht so unbedingt als der Weisheit letzten Schluß und als mit einer Art päpstlicher Unfehlbarkeit umkleidet zu betrachten geneigt sind. Der amerikanische Handelsattaché in Berlin z. B. hatte einen Bericht über die deutsche Wirtschaft- und Finanzlage ab, der in vielen, und zwar gerade den entscheidenden Punkten den Ausführungen Parker Gilberts scharf widerspricht. Hier und da tauchen denn auch Bedenken auf, ob man es wirklich als einen deutschen „Wohlstand“ bezeichnen kann, was ja doch nur aufgebaut ist auf die hereinnehmend riesigen Auslandsanleihen. Daß die doch einmal wieder zurückgezahlt werden müssen. Das Charakteristische des Echos ist wohl der etwas bissige, aber durchaus richtige Satz einer amerikanischen Zeitung, Parker Gilbert würde, wenn er heute in Paris anwesend wäre, bemerken können, daß er eine Art französischer Nationalheld geworden sei.

Überblickt man die ausländischen Presseäußerungen über den Gilbertschen Bericht, so gewinnt es fast den Anschein — was man besonders aus englischen Zeitungen herauslesen muß —, als habe sich Deutschland zu einem gefährlichen, unüberwindlichen Konkurrenten auf dem Weltmarkt entwickelt. Der Reparationsagent sagt's und die anderen beten es ihm nach, aber niemand, weder er noch jene denken — oder wollen nicht denken — an die immer höher werdenden Zollmauern, die sich überall der Einfuhr deutscher Waren entgegenstellen. In seinen früheren Berichten ist Parker Gilbert daran nicht vorbeigegangen; diesmal verliert er sein Stübchen darüber. Natürlich ist man in der Londoner City mit diesem Schmeißen ganz besonders einverstanden. Und eine geradezu groteske Verkennung der Tatsachen ist es, wenn man in Amerika den Übermaß spielt, daß die deutsche Presse sich in der scharfen Kritik des Gilbert-Berichtes einig ist; Deutschland solle sich vielmehr über ihn freuen, denn er enthülle ja aller Welt die glänzende Wirtschaftslage und damit die Kreditwürdigkeit Deutschlands!

Das „Weihnachtsgeschenk“ Parker Gilberts hat nun die deutsche Regierung vor eine überaus ernste Aufgabe gestellt, eine Aufgabe freilich von einer fast unüberwindlichen Schwierigkeit. Theoretisch hat ja jede Regierung, auch die deutsche, das Recht, die Resultate der Arbeit der Sachverständigenkonferenz mit einem Ja oder Nein zu beantworten. Aber das ist besonders dann graue Theorie, wenn sich die Gegenseite im Ja einig ist. Wird der Bericht Parker Gilberts wirklich zur Nichtlinie für jene Arbeiten, die Anfang Februar beginnen sollen, dann gilt es zwischen, mit aller Macht das Gegenmaterial nicht bloß vorzubereiten, sondern mit allen Mitteln für weitestgehende Publikation noch vor Beginn der Konferenz zu sorgen. Keine Minute ist hierfür zu verlieren. Zum mindesten ist dafür zu sorgen, daß das ganze deutsche Volk aufklärt wird über den Ernst der Lage, sich klar darüber wird, daß über sein Schicksal die Würfel fallen werden. Und darum endlich eine's Sinnes werde.

Fünf Jahre Kabinett Heldt.

Zum 4. Januar.
Mitte Januar nimmt der sächsische Volksbildungsminister Dr. Kaiser seinen Abschied, nachdem er fünf Jahre hindurch sein Amt innegehabt hat. Er gehört mit zu den Männern, die das Kabinett des am 4. Januar 1924 vom Landtage zum Ministerpräsidenten gewählten damaligen Finanzministers und sozialdemokratischen Abgeordneten Heldt bildeten. Auf den 4. Januar 1924 kann man daher

Sachverständige zur Reparationskonferenz.

Deutsche Vertreter.
Dem Vernehmen nach sind für die im Februar bevorstehende Reparationskonferenz als deutsche Hauptvertreter vorläufig in Aussicht genommen: Reichsbankpräsident Schacht und der Witinhaber des Hamburger Bankhauses Warburg, Melchior, als ihre Erstatmänner Staatssekretär a. D. Bergmann, jetzt Mitinhaber des Frankfurter Bankhauses Speyer, Claffen u. Co., und der Generaldirektor der Vereinigten Stahlwerke, Bögeler. Daneben sollen für Einzelfragen besondere Sachverständige ernannt werden. Von der Bildung einer allzu umfangreichen Kommission will man absehen.
Die französischen Sachverständigen sind jetzt amtlich ernannt worden. Die Wahl ist auf den Gouverneur der Bank von Frankreich, Moreau, und den ehemaligen Ministerialdirektor im Finanzministerium, Barmentier, gefallen, der an der Konferenz über den Dawes-Plan im Jahre 1924 teilgenommen hat.
Aber das Ausmaß und die Komposition der amerikanischen Beileitung an der Konferenz wird vorunsichtlich bei der Zusammenkunft des jetzt in Amerika eingetroffenen Reparationsagenten Parker Gilbert mit dem neuen Präsidenten Hoover und mit Coolidge entschieden werden.
Das Handelsamt der Vereinigten Staaten veröffentlicht den Bericht des Handelsattachés des amerikanischen Generalkonsulats in Berlin über die deutsche Wirtschaftslage im zweiten Halbjahr 1928. Dieser Bericht ist weit weniger optimistisch gehalten als der Bericht Parker Gilberts.

Parker Gilberts Besprechungen in Washington.

London, 3. Januar. Wie aus New York gemeldet wird, erklärte Parker Gilbert bei seiner Ankunft in New York, daß er damit rechne, während seines vierzehntägigen Erholungsurlaubes in den Vereinigten Staaten Besprechungen mit Präsident

Coolidge, Schatzsekretär Mellon und vielleicht auch mit dem zukünftigen Präsidenten Hoover zu haben. Nach Ablauf der 14 Tage werde er direkt nach Berlin zurückkehren. Parker Gilbert drückte seine Überzeugung über die scharfe Kritik aus, die sein Bericht in der deutschen Presse gefunden hat und betonte, daß der Bericht vollständig objektiv sei. Die Kritik sei vielleicht auf ein Mißverständnis zurückzuführen. Washingtoner Meldungen erklären, daß der Zweck des Besuches Gilberts der sei, sich über die kommenden Sachverständigen-Verhandlungen zu unterrichten, sowie die Frage der Auflegung von Eisenbahnen in Amerika zu erörtern. Erst nach diesen Besprechungen könne eine endgültige Stellungnahme Washingtons erfolgen.

Gilbert über seinen Bericht.

New York, 3. Januar. Im weiteren Verlauf seiner Besprechung mit der Presse wurde der Reparationsagent Parker Gilbert darauf aufmerksam gemacht, daß er in seinem Bericht doch offenbar die Frage der deutschen Auslandsanleihen nicht genügend berücksichtigt habe. Deutschland habe seine Reparationszahlungen doch nur leisten können, weil es Auslandsanleihen habe aufnehmen können. Gilbert wich dieser Frage aus und tat ähnhlich übersehen. Er erklärte, er habe die Frage der Auslandsanleihen in seinem Bericht berührt, soweit sie das seiner Ansicht nach korrekt gewesen sei. Auf weitere Fragen erklärte er, daß offenbar in Deutschland der volle Bericht noch nicht erhältlich sei. Wenn dies der Fall sein werde, so werde Deutschland erkennen, daß er alles erwähnt habe. Der Reparationsagent meinte weiter, daß offenbar gerade seine objektive Stellungnahme der Grund sei, warum sein Bericht nicht richtig gewürdigt worden sei. Sein Bericht erhalte im übrigen weder Theorie noch Prophezeiungen.
Der Reparationsagent betonte sodann, daß ihm von irgend welchen Berichten, wonach er gegen Jahresende zurückzutreten beabsichtige, nichts bekannt sei und erklärte, daß sich seine Reise nach Amerika infolge der Ausarbeitung des Berichtes um zwei Wochen verzögert habe. Nach Abschluß der Washingtoner Besprechungen werde er sich nach Kentucky begeben, wo er zu Hause ist.

Arbeiten des Reichswirtschaftsrates.

Eine Übersicht.
Der Vorläufige Reichswirtschaftsrat veröffentlicht eine Übersicht über seine Arbeiten nach dem Stande vom 1. Januar 1929.
Aus ihr ist zu entnehmen, daß sich der Wirtschaftspolitische Ausschuss zurzeit u. a. mit einer Vorlage beschäftigt, die wichtige Fragen des binnenländischen Verkehrs vom Standpunkt des volkswirtschaftlichen Interesses aus behandelt. Der Ausschuss hat für diese Angelegenheit drei Arbeitsausschüsse eingesetzt. Diese werden auch alle Fragen behandeln, die nicht unmittelbar mit Eisenbahn und Wasserstraßen zusammenhängen, so z. B. Fragen des Automobilverkehrs und der Straßenverbesserung.
Dem Sozialpolitischen Ausschuss liegt der Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes vor. Ein von ihm für diesen Zweck zunächst eingesetzter Arbeitsausschuss hat seine Arbeiten beendet und einen schriftlichen Bericht vorgelegt, der durchzusehen werden wird.
Der Finanzpolitische Ausschuss hat sich mit einem Antrag zu beschäftigen, der die Kurierung der private Hellankosten, die eine Gemeinnützigkeitsprüfung auslösen, in finanzieller Hinsicht den öffentlichen Krankenhäusern gleichzustellen.

Landesverrat und Reichsrecht.

Eine Denkschrift des Reichsjustizministers.
Dem Strafrechtsausschuss des Reichstages ist durch den Reichsjustizminister Koch-Weser eine bei der Reichsanwaltschaft bearbeitete Denkschrift über den Landesverrat in der Rechtsprechung des Reichsgerichts zugegangen. Die Denkschrift enthält die wichtigsten Reichsgerichtsmitscheidungen zu den einzelnen Materien. Es wird in ihr unter anderem das Verhältnis des Verfallens Vertrages zu dem Landesverratsdelikt untersucht. Die Denkschrift verneint die Annahme, daß der Verfallene Vertrag irgend welche Veränderungen gegenüber dem Landesverrats-

Die Redaktion des Tagesblattes befindet sich in der Geschäftsstelle, Wilsdruff, Markt 1.

Druckerei: Wilsdruff, Markt 1.

Vertrieb: Wilsdruff, Markt 1.

Wilsdruff, Markt 1.

